

Auf den Straßen wird es immer enger

Güterverkehr wird zum Problem, das Verkehrschaos zum Alltag
Der erste Landkreis verbannt jetzt die Lastwagen von den Straßen

Von J. Wagemann und M. Herwig

Stuttgart/Lichtenstein. Viele Straßen im Südwesten sind fast täglich verstopft; Besserung ist nicht in Sicht. „Der Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg hinkt seit Jahren – immer deutlicher erkennbar – hinter dem stark ansteigenden Bedarf hinterher“, sagte ein Sprecher des Landesverkehrsministeriums gestern. Daran ändern auch einige Großprojekte nichts, wie der Tunnel der Bundesstraße 29 in Schwäbisch Gmünd, wo Ministerin Tanja Gönner am Montag den Durchstich feiern will.

Vor allem der Lastverkehr wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Der Generalverkehrsplan des Landes geht von rund zehn Prozent mehr Straßenverkehr in 15 Jahren aus, bei Lastwagen sogar von einer Zunahme um bis zu 70 Prozent.

Neben Autobahnen stellen vor allem die vielbefahrenen Bundesstraßen ein Problem dar. Hier sei zunächst der Bund zuständig, heißt es im Ministerium: „Die bisher vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht aus. Das Netz wird immer stärker beansprucht, ohne dass die Investitionen in gleicher Weise

Schritt halten.“ Allein für die wichtigsten Maßnahmen seien rund 300 bis 400 Millionen Euro jährlich nötig.

Der Auto Club Europa (ACE) kritisiert den Investitionsstau. „Es ist ein Dauerproblem, dass die Verkehrshaushalte unterfinanziert sind“, meint der Sprecher Rainer Hillgärtner: „In einem starken Wirtschaftsraum wie Baden-Württemberg kann eine Lösung nur sein, so viel Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern wie möglich.“

Unter den Engpässen leiden viele Menschen wie Hans Gerstenmaier aus Lichtenstein (Kreis Reutlingen). Morgens um fünf geht vor seiner Haustür der Lärm los. Eigentlich wohnt der 61-Jährige in einem beschaulichen kleinen Tal direkt unter einem Schloss – würde nicht mitten durch den Ort die Bundesstraße 312 von Stuttgart über Reutlingen auf die Schwäbische Alb und nach Oberschwaben führen. „Wenn Sie den ganzen Tag kein Fenster aufmachen können, ist das schon eine Belastung“, sagt er.

Eigentlich müsste er sein Haus neu streichen lassen, um den dunklen Schleier der Abgase zu überdecken, erzählt er. „Aber irgendwann hat man einfach keine Lust mehr, alle zwei Jahre einen Anstrei-



Autos fahren bei Achern auf der A5, die rechte Spur wird dreispurig ausgebaut (Foto vom letzten Jahr). Viele Straßen im Südwesten sind fast täglich verstopft; der Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen hinkt seit Jahren hinter dem stark ansteigenden Bedarf hinterher. Foto: dpa

cher kommen zu lassen.“ Weil die Politik über Jahre keine Anstalten machte, etwas gegen das Verkehrsproblem in Lichtenstein zu unternehmen, hat Gerstenmaier zusammen mit dem Anwohner Gerd Recht eine Bürgerinitiative gegründet. „Ich bin kein Berufsdemonstrant, ich habe das noch nie gemacht. Aber hier musste einfach was passieren“, sagt er.

So wie in Lichtenstein haben auch Menschen entlang der Bundesstraße 10 bei Geislingen oder an der B 29 bei Aalen

ihrem Unmut immer wieder Luft gemacht. Dass es zumindest zeitweise anders geht, zeigt derzeit der Ostalbkreis, wo auf einer Länge von 70 Kilometern schwere Lastwagen mehrere Landstraßen nicht mehr befahren dürfen.

Doch eine Lösung ist das nach Meinung vieler Politiker auch nicht. Andere Modelle sind etwa die Nutzung von Standstreifen wie auf den Autobahnen 8 und 81 – doch sie sind nach Angaben des ACE oft gar nicht für die dauerhafte Nut-

zung ausgelegt. Zwar sollen Schilder Sicherheit bieten. Doch gerade schwere Lastwagen beanspruchen den Bodenbelag sehr stark – erst recht, wenn sogenannte Gegaliner fahren sollten.

Für die bis zu 44 Tonnen schweren Lang-Lkw soll demnächst ein Feldversuch gestartet werden, wie gestern in Berlin bekannt wurde. Baden-Württemberg will sich daran beteiligen, hat aber mit Blick auf die Landtagswahl Ende März zunächst noch keine Strecken gemeldet.

Schulpolitik: Grüne und SPD Seit' an Seit'

Stuttgart. (rol) In der Opposition gibt es keine Koalition, pflegt Grünen-Spitzenkandidat Winfried Kretschmann zu sagen. Da aber SPD und Grüne künftig gemeinsam regieren wollen, entdecken sie immer mehr Übereinstimmungen. Gestern traten Kretschmann und SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid gemeinsam vor die Presse, um ihren Gleichklang in der Schulpolitik zu demonstrieren. „Wir wollen Schule von unten nach oben entwickeln“, sagte Kretschmann. Die Konzepte seien „deckungsgleich“, sagte Schmid. Beide sind gegen die verbindliche Grundschulempfehlung und für eine Gemeinschaftsschule bis Klasse 10. Innovative Schulkonzepte dürften nicht länger blockiert werden, sagte Schmid. Grün und Rot würden die Gemeinschaftsschule möglich, aber nicht „tabula rasa“ machen, sagte Kretschmann.

Den Anspruch, künftig zu regieren, hat natürlich auch die CDU/FDP-Koalition. Die „grün-roten Bildungsideologien“ würden den finanziellen Aufschwung abwürgen und den Abstieg in der Bildung einleiten, sagt CDU-Fraktionschef Peter Hauk. Rot und Grüne wollten ihre „dirigistische Absichten“ verschleiern, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rühle.

Breites Bündnis fordert mehr Geld für Bildung

Schüler-, Studierenden- und Elternverbände verlangen mehr Investitionen – Gebühren sollen wegfallen

Von Roland Muschel

Stuttgart. Der Landesschülerrat, die Landeselternrat, die Landesstudierendenrat sowie eine Reihe von Elternverbänden – vom Kita-Bündnis bis zum Landeselternrat – haben gestern ein gemeinsames Positionspapier vorgestellt. Sie fordern mit Blick auf die Landtagswahl am 27. März die Landespolitik auf, wesentlich mehr Geld für die Bildung auszugeben.

„Wir sind nicht mehr kinderfreundlich und nicht mehr familienfreundlich. Das müssen wir ändern. Dazu muss die Allgemeinheit kräftig investieren“, sagte Jürgen Zimmermann, Vizevorsitzender vom Landeselternrat Kindertagesstätten. Derzeit werde den „Eltern dauernd in die Taschen gegriffen – das kann's nicht sein“. Unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl am 27. März müsse die Politik „die Weichen stellen für die Zukunft unserer Kinder“.

Das Bündnis hat dazu auch ganz konkrete Vorstellungen. So sollen alle Gebühren im Bildungsbereich, von der Kindertagesstätte bis zum Studium, abgeschafft werden. „Wir wollen Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder – und zwar von An-

fang an“, sagte Petra Fritsch, Vorsitzende vom Kita-Bündnis Baden-Württemberg. Deshalb müsse die gesamte frühkindliche Bildung „konsequent gebührenfrei“ gestaltet, der Personalschlüssel angehoben, die Ausstattung der Einrichtungen verbessert und der Orientierungsplan für die Kindergärten verbindlich festgeschrieben werden.

Im Schulbereich fordert das Bündnis unter anderem, dass Eltern und ihre Kinder das „letzte Wort“ bei der Wahl der weiterführenden Schule haben sollen und die Grundschulempfehlung ihren verbindlichen Charakter verliert. Zudem solle eine „differenzierte Leistungsmessung“ die bisherigen „Ziffernoten“ ablösen, sagte Marlen Pankonin, Vorstandsmitglied des Landeselternbeirats. Alle Kinder, heißt es im Positionspapier, bräuchten „eine individuelle, zielgerichtete Förderung“, um ihre persönlichen Fähigkeiten entwickeln zu können. Nicht das Kind solle sich der Schule anpassen, sondern die Schule den jeweiligen Bedürfnissen der Kinder. Pankonin sprach sich auch für eine „flächendeckende Schulsozialarbeit“ und den gleichberechtigten Zugang von Kindern mit und ohne Behin-

derung zum gemeinsamen Schulunterricht aus.

Eine „finanzielle Unterversorgung“ beklagte David Koch von der Landeselternkonferenz auch für den Hochschulbereich. Baden-Württemberg verkaufe sich zwar immer als „Bildungsland“, tatsächlich sei dies aber „mehr Schein als Sein“. Studiengebühren und Numerus Clausus müssten abgeschafft und die Studienplätze in großem Umfang ausgebaut werden.

Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) verteidigte dagegen die Studiengebühren. Die Einnahmen würden ausschließlich für Studium und Lehre verwendet und hätten dazu beigetragen, die Studienbedingungen im Land weiter zu verbessern. Zudem werde die Kapazität der Studienplätze bereits ausgebaut.

Sollten die Studiengebühren abgeschafft und das dadurch entstehende Defizit der Hochschulen ausgeglichen werden, würde dies den Landesetat mit 135 Millionen Euro belasten. Die komplette Abschaffung der Kindergartengebühren würde mit rund 500 Millionen Euro zu Buche schlagen. Insgesamt dürfte sich der Forderungskatalog auf gut eine Milliarde Euro pro Jahr belaufen.

S 21: Polizei setzte auch Zivilfahnder ein

Stuttgart. (dpa) Die Polizei hat bei den Protestaktionen gegen das umstrittene Milliardenprojekt Stuttgart 21 auch Zivilfahnder eingesetzt. Dies geht aus einer Stellungnahme des Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor. Der Weinheimer Grünen-Abgeordnete Hans-Ulrich Sckerl forderte gestern in Stuttgart eine sofortige Beendigung des Einsatzes.

Die Oppositionspartei hatte nach Aktenfunden im Untersuchungsausschuss zum eskalierten Polizeieinsatz am 30. September die Vermutung geäußert, dass die Bürgerbewegung von speziell dafür ausgebildeten Polizisten beobachtet werde. „Das sehen wir jetzt leider bestätigt“, erklärte der innenpolitische Sprecher der Grünen weiter.

Verdeckte Ermittler seien bisher noch nicht zum Einsatz gekommen. Sckerl kritisierte, dass das Innenministerium nicht mitteilen will, in wie vielen Fällen Daten von an Protestaktionen beteiligten Bürgern erhoben wurden und was damit geschehen sei. Es lasse auch offen, ob die Beamten in Zivil aktuell und in Zukunft eingesetzt werden sollen. „Die Polizei soll sich offen zu erkennen geben.“ Dialog sei immer der beste Weg.

ANZEIGE

Perfektion
von Kopf bis Fuß.

110 Shops – 3800 kostenlose Parkplätze – Mo - Sa ab 9.30 bis 20 Uhr – Direkt an der A6 und A659

RHEIN NECKAR
ZENTRUM
www.RNZonline.de